

Kreis-Anzeiger

LOKALES NIDDA

📅 Freitag, 30.08.2019 - 23:00 ⌕ 3 min

Im Niddaer Parlament kontroverse Debatte zum Thema Klimaschutz

Einen SPD-Antrag zum Klimaschutz hat das Niddaer Parlament mit großer Mehrheit in den städtischen Bauausschuss überwiesen. Diesem Beschluss war eine kontroverse Debatte vorangegangen.

Von *ihm*

NIDDA - Einen SPD-Antrag zum Klimaschutz hat das Niddaer Parlament mit großer Mehrheit in den städtischen Bauausschuss überwiesen. Diesem Beschluss war eine kontroverse Debatte vorangegangen.

Sozialdemokrat Thomas Eckhardt (SPD) trug den Antrag vor, wonach das Parlament feststellen sollte, dass sich die Erde weltweit in einem Klimanotstand befindet. Deshalb sollte der Magistrat aufgefordert werden, künftig bei allen Entscheidungen diejenigen Lösungen auszuwählen, die die beste Klimabilanz haben. Dabei müssten die sozialpolitischen Belange berücksichtigt und abgewogen werden. Eckhardt: "Schon früh hat die Stadt Nidda mit Maßnahmen zum Klimaschutz begonnen. Vieles, was andere Städte und Gemeinden erst

noch entwickeln müssen, ist bei uns bereits umgesetzt." Der Magistrat sollte beauftragt werden, die Informationen darüber zu verstärken, vor allem durch einen jährlichen Klimaschutzbericht. Zudem sollte das Parlament die Stadtregierung dazu anhalten, die Einrichtung eines Klimabeirats zu prüfen.

"Uns geht es nicht um einen 'Alarmismus'", unterstrich Eckhardt. Doch das Thema solle in Stadt und Verwaltung noch fester und intensiver eingebunden werden. Joachim Zweiböhmer (Bürger Liste) bemängelte den Ausdruck "Notstand": "Vergessen wurde der Hinweis, dass es sich nicht um einen Notstand im Sinne von Notstandsgesetzen handelt. Vergessen wurde vielleicht auch, dass bei einem Klimanotstand sozialpolitische Ziele in den Hintergrund rücken können. Einfaches Beispiel ist die Einführung von Parkgebühren." Für Notstände und deren Feststellung sehe seine Fraktion die Zuständigkeit beim Bund, unterstrich Zweiböhmer. "Aus dem mit Fachleuten besetzten Ministerium wurde bisher noch kein Notstand ausgerufen, aber die Parlamentarier aus dem beschaulichen Nidda sollen den 'weltweiten' Klimanotstand feststellen", sagte er. Nach Ansicht der BL sei das Niddaer Parlament dafür nicht zuständig. Zudem hätten die Stadtverordneten bereits in der vergangenen Legislaturperiode einstimmig ein Klimaschutzkonzept verabschiedet. "Kurzum: Wir sitzen bereits alle im richtigen Boot und rudern gemeinsam in die richtige Richtung", sagte er. Er befürchte, dass mit der Umsetzung eines kommunalen Klimavorbehalts künftig das Augenmaß auf der Strecke bleiben werde. "Denn wenn es darum geht, bei allen Entscheidungen diejenige auszuwählen, die für das Klima die beste Bilanz ausweist, dann sind beispielsweise Osterfeuer oder das Parkfest mit Höhenfeuerwerk künftig Geschichte."

Marcus Stadler (Grüne) hob die bisherige Einmütigkeit der Stadtverordneten in Sachen Klimaschutz hervor. "Wir Parlamentarier in Nidda haben schon früh verstanden, dass das Thema eine gesellschaftliche Aufgabe ist, die wir nur gemeinsam stemmen können." Die Frage, ob es einen Klimanotstand gebe, beantworte beispielsweise ein Blick von Wallernhausen in den Eschberg oder die umliegenden

Wälder. "Das ist trauriges Zeugnis dieser Wahrheit. Die Vegetationszonen verändern sich, ganze Baumgesellschaften verabschieden sich bereits jetzt für immer. Muss man das ausrufen?" Zum Stichwort Sozialpolitik schrieb er dem Klimawandel die größte denkbare sozialpolitische Konsequenz zu. Denn die Folgen trafen vor allem ärmere und ältere Menschen, beispielsweise, wenn sie sich Klimaanlage und teurer werdende Lebensmittel nicht mehr leisten können. Interessanter als einen jährlichen Klimaschutzbericht hielten die Grünen einen jährlichen ausführlichen Bericht auf Basis des bereits beschlossenen Klimaschutzkonzepts. "Und was uns am meisten interessiert, ist, ob das Klimaschutzmanagement der Stadt noch mehr Potenziale sieht." Stadler beantragte die Überweisung in den Ausschuss für Bauen, Planung und Klimaschutz. "In guter alter Tradition wollen wir doch die Vorbildfunktion Niddas im Klimaschutz auch behalten", erklärte Stadler.

Laut Till Neumann (CDU) hält die Fraktion den Antrag für konstruktiv, allerdings seien auch die Niddaer Christdemokraten der Ansicht, keine Berechtigung zur Ausrufung des "Klimanotstands" zu haben. Wie Stefan Knoche (SPD) erwiderte, solle die Stadt den Notstand nicht "ausrufen", aber sie könne ihn "feststellen", beispielsweise für das Gebiet Nidda. Dazu müsse man nur vor die Tür gehen und nachschauen. Er konterte den Einwand von Zweiböhmer, wonach sozialpolitische Aspekte nicht erwähnt würden. Das sei nicht richtig - es stehe im Antrag. "Die SPD ist die einzige Partei, die versucht, klima- und sozialpolitische Probleme unter einen Hut zu bringen", sagte er. Nach einer Sitzungsunterbrechung überwies das Stadtparlament den Antrag nahezu einstimmig in den Ausschuss.

Kommentare

